



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wer hat Recht?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Wer hat Recht?



dem ersten der beiden nachfolgenden Artikel haben wir die Aufnahme nicht versagen wollen, obgleich er mit dem, was sonst nun schon seit längerer Zeit durch die Grenzbotenartikelfrage über die soziale Frage als Grundton klingt, nicht übereinstimmt. Wir erlauben uns aber, unter Nummer 2 eine Kritik danebenzustellen, mit dem Wunsche, daß dadurch solche Leser, die bisher noch immer an dieser wichtigen Frage gleichgiltig vorübergegangen sind, veranlaßt werden möchten, Stellung dazu zu nehmen.

1

Die geschichtlichen Anfänge der sozialdemokratischen Partei

Am 1. Juni hat der sozialdemokratische Abgeordnete von Bollmar in München in einer Versammlung der dortigen sozialdemokratischen Partei eine Rede gehalten, die in der Partei und außerhalb großes Aufsehen erregt hat. Sie handelt über das Thema: „Die Entwicklung der Sozialdemokratie unter dem neuen Kurs“ und führt den Satz durch, daß die politische Thätigkeit der Sozialdemokratie heute eine andre sein müsse, als unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes. Das sei ein Ergebnis des veränderten Kurses der Regierung, die mit Unrecht behaupte, daß der Kurs der alte geblieben sei.

Nun ist es gar keine Frage, daß Bollmars Rede von den andern sozialdemokratischen Reden, die man sonst überall im Reiche und besonders in der Hauptstadt zum besten giebt, in ihrem Tone sehr abweicht. Bollmar will z. B. anerkennen, daß die sozialdemokratische Forderung auf internationale Regelung des Arbeiterschutzes einen Ansat von Verwirklichung in der internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Berlin gefunden habe. Sei diese ziemlich ergebnislos verlaufen, so sei nur das Kapital daran schuld. Auch könne man heute einen legalen Einfluß auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten nehmen. Daß das früher auch nur von dem guten Willen der sozialdemokratischen Abgeordneten und von ein wenig Verstand und Mäßigung der Partei abgehungen hat, davon schweigt natürlich der Redner. Man merkt es aber seiner Rede an, daß er diese für alles wirksame politische Handeln notwendige Eigenschaft in dem frühern Verhalten der Sozialdemokratie einigermaßen ver-

mißt; er giebt den Führern den sehr vernünftigen Rat, mehr ins einzelne zu gehen: „das Erreichte [doch wohl ohne die Mitwirkung der Sozialdemokratie durch die unter Bismarcks Regiment und Initiative zu stande gekommene soziale Gesetzgebung erreichte] betrachten wir nicht als ein Geschenk, sondern als eine Abschlagszahlung.“ Was Vollmar seinen sozialdemokratischen Genossen zuruft, nicht immer wieder auf die Ereignisse von 1866 und 1870/71 zurückkommen, was er über den Dreibund sagt, für den er bis zu einem gewissen Grade eintritt, wie er den nationalen Gedanken nicht durch den der Internationalität aufgehoben haben will, was er über das ekelhafte Treiben des „offiziellen“ Frankreichs (bloß des offiziellen?) Rußland gegenüber vorbringt, das alles läßt sich hören und wenigstens als einen Versuch zu maßvollerer und anständiger Betrachtung der vaterländischen Dinge gegenüber den gewohnten sozialdemokratischen Ungeheuerlichkeiten ansehen. Daß aber dieser Versuch auch der Anfang sein werde für einen vernünftigen und besonnenen Gang der Arbeiterbewegung, daß er ein Ausdruck dafür sei, daß man bei den sozialdemokratischen Führern zu verständigen Forderungen und zum ernstlichen Mitarbeiten mit den bürgerlichen Parteien im staatlichen Leben bereit sei, das ist deshalb kaum anzunehmen, weil der sozialdemokratische Redner gleich im Anfang seiner Rede den Genossen versichert, daß die Sozialdemokratie in der Sache die alte bleibe. Und daß dieser Satz nicht etwa nur der Übereifrigen halber gesagt, die von Anfang an beschwichtigt und besänftigt werden sollten, daß vielmehr der Ansatz zu besonnener Haltung der Taktik wegen aufgestellt worden ist, das geht aus einem weiteren Artikel des Vollmarschen Parteiorgans, der „Münchener Post“ hervor, der als Ergänzung zu den Ausführungen vom 1. Juni gegeben worden ist und der zeigt, weshalb man jetzt mildere Saiten aufzieht, zugleich mit der Behauptung, das Bürgertum habe stets das Wesen der Sozialdemokratie mißverstanden, es sei geflüßentlich die Meinung verbreitet worden, daß die Sozialdemokraten gemeingefährliche Menschen seien, und diese Anschauung sei noch ziemlich allgemein „gerade in jenen Kreisen, in welchen unsre Ideen zu verbreiten wir jetzt an der Arbeit sind, auf dem Lande.“ Man wolle nicht leugnen, daß die Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei sei, aber diese Revolution werde in den Köpfen vor sich gehen, Gewalt werde nicht bezweckt. Auch in diesem Artikel, der „Bedenken“ überschrieben und der ganz besonders für die ländlichen Kreise, wo man jetzt „an der Arbeit“ ist, geschrieben zu sein scheint, wird darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie auch heute auf ihrem alten Boden stehe.

Es wird gut sein, auch unsre Leser von Zeit zu Zeit wieder daran zu erinnern, wie beschaffen dieser alte Boden ist. Und so wollen wir denn hier einen Blick in die Anfangsgeschichte der Sozialdemokratie thun, die diesen Boden bereitet hat. Es wird das um so nützlicher sein, als für die ganze lange Entwicklungsreihe des sozialdemokratischen Programms, von den Statuten der

internationalen Arbeiterassoziation an, die im September 1864 als Bundesprogramm auf dem Londoner Meeting durch Karl Marx aufgestellt wurden, bis herab zu der Rede, die Bebel am 5. Juni dieses Jahres gehalten hat und worin er die Brotverteuerung als Beweis für die Notwendigkeit anführte, daß eine Umwandlung der Gesellschaft von Grund aus vorzunehmen, und zwar „in erster Linie durch Umwandlung der Privatwirtschaft des Grund und Bodens in sozialistische Gemeinwirtschaft vorzunehmen“ sei, auf dieser ganzen Reihe immer dieselben Ziele, Gedanken und Forderungen stehen: die Abtrennung der arbeitenden Klassen von der übrigen bürgerlichen Gesellschaft, also die Auflösung der staatlichen Gemeinschaft, die Aufhebung des Eigentums und des Erbrechts, die Internationalität, d. h. die Vernichtung des nationalen Geistes. Nur Lassalle, der wenige Wochen vor dem Londoner Meeting gestorben war, war ein guter Patriot gewesen und hatte eine „nationale Kulturbewegung“ im Auge gehabt. Hätte er länger gelebt, so ist keine Frage, seine leidenschaftliche Liebe zu dem Boden, der ihn erzeugt und ernährt hatte, wäre auch ihm bei seinen eignen Anhängern zur Schmach geworden. Denn auch die Anhänger Lassalles haben nach seinem Tode gar bald die internationale Phrase und mit ihr jenen Haß gegen das Vaterland gepflegt, wie er sich jetzt in dem lügenhaften Gewebe Liebknechts über die Emser Depesche in jedem sozialistischen Winkelblatt mit böser Grimasse ausspricht. Und so ist denn jetzt auf der ganzen Linie der sozialdemokratischen Wühlerei jene Übereinstimmung in den letzten Zielen, die so lange bleiben wird, so lange es der Kampf gegen die bürgerliche Gemeinschaft erfordert.

Worin diese Ziele bestehen, stellt am knappsten das Gothaer Programm vom Mai 1875 zusammen. Da werden wir belehrt, daß, woran noch kein Mensch gezwifelt hat, die Arbeit die Quelle alles Reichthums und aller Kultur sei, und daran wird mit Bersekerlogik die Behauptung geknüpft, daß allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich sei; darum gehöre auch das gesamte Arbeitsprodukt der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen. Was das für „vernunftgemäße“ Bedürfnisse sind, und wie ihre Produktion und Konsumtion bei dieser ungeheuern Gemeinschaftsmasse geregelt werden soll, der Zwang, der zu solcher Regelung erforderlich wäre und an den kein Zwang unsrer Zuchthäuser hinanreichen würde, das alles wird unter der grauen Phrase der Verteilung des Arbeitsprodukts nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen, vorläufig dem gläubigen Anhänger versteckt, thut aber bis zu der Zeit, wo die Entfaltung der neuen Gesellschaft möglich wird, die vortrefflichsten Dienste. Denn die Aufstellung des schönen Zukunftsbildes, wo alle wünschenswerten Genüsse bei mäßiger Arbeit jedem zu teil werden, gewinnt alle Urteilslosen. In dem Gothaer Programm heißt es dann wieder: „In der heutigen Gesellschaft sind alle Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse;

die hierdurch bedingte (?) Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen." Darum müßten die Arbeitsmittel, d. h. alles unbewegliche und bewegliche Vermögen, in Gemeingut der Gesellschaft verwandelt und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt, der Arbeitsertrag gemeinnützig verwendet und gerecht verteilt werden. Die Worte „gerecht“ und „vernunftgemäß“ wurden bei der Beratung des Programms von Hasenclever angegriffen, da der sozialistische Staat ganz von selbst gerecht sei und seine Angehörigen nur vernunftgemäße Bedürfnisse haben könnten. Sie wurden aber aus taktischen Gründen beibehalten. Es sind eben Worte, Worte mit unschuldigem Klang, unter denen die giftige Ware des nacktesten Kommunismus den entzückten Zuhörern aufgeschwatzt wird. Es klingt ja so unschuldig, wenn z. B. der Raub des Vermögens eine „Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft“ genannt wird, oder, wie sich heutzutage die sozialistische Gaunersprache ausdrückt: „Wir Sozialisten wollen keinem nehmen, sondern allen geben.“

Wenn nun im Programm der Sozialdemokratie weiter mit der unschuldigsten Miene von der Welt die Zerreißung der ganzen bürgerlichen Gesellschaft als Ziel der sozialdemokratischen Tätigkeit mit den Worten empfohlen wird: „Die Befreiung der Arbeit muß das Ziel der Arbeiterklasse bleiben, der gegenüber alle andern Klassen nur eine reaktionäre Masse sind,“ so fragt man sich mit Recht, ob bei Aufstellung solcher Grundsätze für die staats-erhaltenden Parteien noch irgend eine Hoffnung zur Unterhandlung mit der Sozialdemokratie möglich sei. Wenn es in der Vollmarschen Rede heißt: „Wo wir den Anfang eines guten Willens finden, müssen wir ihn stärken, alle schlechten (d. h. nichtsozialdemokratischen) Einflüsse energisch bekämpfen und das arbeitende Volk zur politisch-wirtschaftlichen Macht organisieren, damit den Parteiforderungen ein kräftiger Nachdruck verliehen werde,“ so wird es, wie gesagt, sehr nützlich sein, eben diese Parteiforderungen uns immer durch Betrachtung der sozialdemokratischen Ziele vor Augen zu halten.

Sollte zuerst nach Angabe des Gothaer Programms alle politische und soziale Ungleichheit durch Enteignung der besitzenden Klassen beseitigt werden, so ist als zweiter Grundgedanke des Programms die Internationalität aufgestellt. Die sozialdemokratischen Agitatoren haben bisher so viel in der Betonung dieses Punktes geleistet, daß Vollmar mit der Versicherung: „Wir haben den Standpunkt der Internationalität nicht einseitig aufgefaßt“ in dem „wir“ doch nur seine Person sehen kann. Auch ist die Internationalität in der That die unveräußerliche Eigenschaft des Sozialismus und hängt mit dem ersten Grundsatz des sozialistischen Programms, mit seinen wirtschaftlichen Zielen eng zusammen. Nur „zunächst“ soll nach dem Gothaer Programm die demokratische Arbeiterpartei Deutschlands noch im „nationalen Rahmen“ wirken; aber sie ist sich „des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung

bewußt und entschlossen, die Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.“ Zu den ersten Pflichten, die so dem Arbeiter durch den internationalen Grundsatz auferlegt werden, gehört es natürlich, die Liebe zum Vaterland und zu den vaterländischen Einrichtungen aus dem Herzen des Arbeiters herauszureißen. Die Trennung des Arbeiters von dem Leibe seines Volkes war vor allem das Werk von K. Marx, dem es gelang, beim Hinüberwerfen der Agitation von der Fremde des englischen Bodens in sein Heimatland gerade die internationale Theorie in die sozialdemokratische Bewegung zu bringen. Die Londoner Statuten der Internationalen betonen nichts mehr, als daß bisher alle auf das große Ziel der Arbeiteremanzipation gerichtete Anstrengung an dem „Nichtvorhandensein des brüderlichen Bandes der Einheit“ der Arbeiter aller Nationalitäten gescheitert sei, und daß diese Emanzipation alle Länder umfassen müsse, in denen moderne Gesellschaft bestehe. Es war der Agitator mit dem kalten, fanatischen Herzen, dem es für sich selbst nie schwer geworden war, die Heimat mit der Fremde zu vertauschen, und der mit scharfem Auge erkannte, daß die ökonomischen Forderungen der sozialdemokratischen Gesellschaft durch nichts mehr Propaganda machen würden, als wenn der wilde Appetit der urteilslosen Masse nach den Gütern des kommunistischen Heils in allen Kulturländern aufgeregt würde. Es ist ihm das aber nirgends besser geglückt als in Deutschland, wo der vaterländische Gedanke auch noch nach den großen Ereignissen von 1866 so schwer Wurzel fassen konnte. Als K. Marx seine revolutionären Ideen nach Deutschland warf, war gerade der erste Grund zu einem nationalen Ganzen durch die Errichtung des Norddeutschen Bundes gelegt worden. Alle die unzufriednen Elemente, die damals noch in so großer Anzahl vorhanden waren, und die jedes gegen die Nation gerichtete Bestreben willkommen hießen, boten ein ergiebiges Feld gerade für eine Agitation im Sinne der Internationalität. So ward der internationale Gedanke zuerst in die Landesversammlung sächsischer Arbeiter geworfen, die im August 1866 zu Chemnitz zusammentrat. Das Programm, das hier von Bebel und Liebknecht, denen sich eine Anzahl verbissener Partikularisten anschlossen, aufgestellt wurde, konnte zwar damals noch nicht die reine kommunistische Gesellschaft von Marx offen verkündigen; bis zu Marx reichten damals weder die Gedanken der Doktrinäre, noch die der Partikularisten, noch die der Arbeiter. Aber der partikularistisch-volksparteiliche Boden der demokratischen Versammlung, für die der Preußenhaß das Bindemittel war, war doch immerhin geeignet, den nationsfeindlichen Gedanken zunächst in die Masse des sächsischen Arbeiterstandes zu werfen. Alles, was man auf der Versammlung verlangte, mußte und sollte dazu dienen, die Liebe zum vaterländischen Staate nicht keimen zu lassen. Und so beklagte man den beendeten Krieg, der uns aus dem kleinstaatlichen Sammer und dem Gespötte der Fremden herausgehoben hatte, als das größte National-

unglück, verlangte die Zusammenberufung eines konstituierenden Parlaments, das auch Deutsch-Osterreich mit einschloesse, und stellte eine Anzahl von Forderungen auf, die dem Programm des äußersten politischen Radikalismus entnommen waren. Wir erwähnen das, weil diese Forderungen auch in die späteren sozialdemokratischen Programme, wie in das Eisenacher und Gothaer, aufgenommen worden sind und fort und fort von den Sozialdemokraten als schon im heutigen Staate zu verwirklichende aufgestellt wurden und werden. Diese Forderungen sind zum Teil bereits in unsere staatliche Ordnung aufgenommen worden, wie z. B. das allgemeine Stimmrecht und die Koalitionsfreiheit; sie werden aber noch immer erhoben, weil sie erst im sozialdemokratischen Staate wahrhaft erfüllt werden und zum Heile gedeihen können. Mit diesem Verfahren fängt man eine Menge Gimpel ein, die bei den Wahlen die Partei verstärken, weil sie des Glaubens leben, daß die Sozialdemokratie doch auch „berechtigte Forderungen“ habe, die man unterstützen müsse. Teils sind es auch Forderungen, die der fortschrittlichen Phrase entlehnt sind, scheinbar nicht sozialistisch, aber in Wahrheit so weitgehend, daß wir, wenn sie durchgeführt würden, eines schönen Morgens aufwachen würden, um zu bemerken, daß wir aus dem fortschrittlichen Lager plötzlich in die sozialistische Utopie hineingefallen wären, die ohne alle weitere Mühe durch einfache Volksabstimmung hervorgezaubert wäre. Denn das ist der „gesetzliche Weg,“ der jetzt nach Aufhebung des Sozialistengesetzes eingeschlagen werden soll.

Auf diese Einführung des sozialistischen Staates durch gesetzliche Abstimmung weisen die verschmitzten Agitatoren der Sozialdemokratie so gern hin, wenn sie davon reden, daß die neue Gesellschaftsform ohne Blutvergießen, ohne jegliche Gewalt, ganz im Frieden herbeigeführt werden könne, und daß es nur der böse Wille der niederträchtigen Bourgeoisie sei, der das verhindere.

Diese Forderungen sind also die „nächsten Ziele“ der Partei. Ausdrücklich wird betont, daß sie dazu dienen sollen, die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, als z. B. Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe. Diese sind allerdings heutzutage meist, wenn auch nicht allgemein aus den sozialistischen Programmen entfernt, weil bei ihrer Verwirklichung die Gefahr besteht, daß der eintretende Schiffbruch solcher Versuche allen jetzt noch zu Abberitenstreichenden geneigten Schwärmern der bürgerlichen Gesellschaft die Besinnung sehr schnell bringen würde. Weiter werden insbesondere als Forderungen schon für den heutigen Staat aufgestellt: direktes Wahlrecht aller schon vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde; direkte Gesetzgebung durch das Volk; Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk; Volkswehr an Stelle der unproduktiven stehenden Heere; Rechtssprechung durch das Volk; allgemeine gleiche Volkserziehung durch den Staat; eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde u. s. w.

Das sind die Ziele der sozialdemokratischen Partei „innerhalb der heutigen Gesellschaft.“ Und wenn auch Herr von Bollmar und mit ihm wohl mancher seiner Genossen jetzt sagt: „Über der Zukunft dürfen wir das Nächste nicht vergessen,“ so bleibt diese Zukunft doch allein des Erstrebens wert, und „das Nächste“ ist eben nur „Abschlagszahlung.“ Ist bei solcher Anschauung nun irgend welche Unterhandlung mit der sozialdemokratischen Partei noch möglich? Wir sagen nein!

Die „proletarisch-wissenschaftliche“ Anschauung beruht im letzten Grunde darauf, daß ihr die materiellen Güter allein gelten. Dieser plumpe Gedanke, mit voller Folgerichtigkeit zum System ausgeführt, ist es, der die Massen ergreift; in der kärglichen, leicht übersichtlichen Einheit dieses Systems liegt ähnlich wie bei dem System der katholischen Kirchenlehre seine Stärke bei der Masse. Es springt konkret in die Augen und entwirft das lebende Bild einer paradiesischen Zukunft. So hat es die Eigenschaft, zu packen. Ob nun die sozialistischen Führer dies ihr handgreifliches und leicht zu fassendes System grundsätzlich oder nur agitationsweise verwenden, ja ob auch in der träumerischen Phantastik der sozialdemokratischen Arbeitermassen sich noch edlere Bilder im Hintergrunde bewegen, als die des bloß sinnlichen Genusses, ob durch die sozialdemokratische Umgestaltung der materiellen Verhältnisse auch eine höhere, leibliche und geistige Entwicklung des Menschengeschlechts herbeigeführt wird, wie die proletarisch-wissenschaftlichen Weisen prophezeien, für diese Untersuchung die kritische Sonde anzulegen hat für alle die keinen Wert, die aus der Geschichte gelernt haben, alle utopistischen Prophezeiungen für das zu nehmen, als was sie sich zuletzt immer ausweisen, Narrenspotten oder Schwindel. Daß sich die sozialdemokratischen Führer Hinterthüren genug offen lassen, wenn es gilt, ihre plumpen Gedanken nicht gar zu brutal erscheinen zu lassen, wissen wir; aber darauf irgend welche Hoffnung auf Umkehr bauen, auch wenn einmal in der Weise Bollmars gesprochen wird, wäre thöricht. Mit der bürgerlichen Gesellschaft, die eine andre Werttheorie und damit eine andre Grundlage ihres Bestandes hat, als die sozialdemokratische, läßt sich diese gerade so wenig in irgend welche Verbindung bringen, als sich Feuer und Wasser mischen läßt. Wenn die Sozialdemokratie irgend eine heilsame Bedeutung heutzutage hat, so ist es die, daß sie die verschiedenen bürgerlichen und kirchlichen Parteien, die Liebe zum Vaterlande haben, für den Kampf gegen die revolutionäre Partei zum Ganzen eint.

2

Die Sozialdemokratie und die üble Laune

In dem vorstehenden Rückblick hat ein sonst sehr hochgeschätzter Mitarbeiter der Grenzboten aus recht unwirscher Stimmung heraus eine Straf-

predigt gegen die Sozialdemokraten und gegen ihre verkappten Freunde und Gönner losgelassen. Daß die Ziele der Sozialdemokratie so aussehen, wie sie hier nach den Programmen der Partei dargestellt werden, leugnet kein Mensch; auch der dieser Tage erschienene neue Programmentwurf ändert trotz einiger Abschwächungen nichts wesentliches daran; und daß diese Endziele verwerflich seien, darüber besteht wenigstens unter den Lesern der Grenzboten kein Streit. Nur fragt man sich einigermaßen verwundert, wozu solche Dinge wiederholt werden, die jedermann weiß und niemand bestreitet. Freilich giebt der Verfasser eine Antwort auf diese Frage: er will durch den Hinweis auf das Wesen der Sozialdemokratie vor der optimistischen Meinung warnen, die Münchner Rede Bollmars bedeute einen Anfang der Bekehrung seiner Partei zur Vernunft, und er will die Leser zur Annahme seines Schlusssatzes bewegen: „Wenn die Sozialdemokratie irgend eine heilsame Bedeutung heutzutage hat, so ist es die, daß sie die verschiedenen bürgerlichen und kirchlichen Parteien, die Liebe zum Vaterlande haben, zum Kampf gegen die revolutionäre Partei zum Ganzen eint.“ (Vor „zum Ganzen“ scheint „hoffentlich“ zu fehlen.) Allein diese Zweckangabe genügt nicht. Über den Kampf gegen die Sozialdemokratie ist nun schon eine Bibliothek von vielen tausend Bänden geschrieben worden, und wenn ein neuer Krieger zum Streit auf den Kampfplatz tritt, so hat er keine Aussicht, von den des ewigen Liebes müden Ohren gehört zu werden, wenn er nicht entweder einen neuen Feldzugsplan vorschlägt oder wenigstens sagt, nach welchem der schon vorhandenen Pläne er die aufgerufenen Truppen zu führen gedenkt. Die vorhandenen Pläne lassen sich in zwei Hauptgruppen scheiden. Auf der einen Seite stimmt man bei vielfältiger Meinungsverschiedenheit im einzelnen doch der Hauptsache nach darin überein, daß nicht sowohl die Sozialdemokraten, als die sozialen Übel zu bekämpfen seien, und daß mit der Beseitigung der Ursachen zur Unzufriedenheit diese selbst schwinden werde samt den revolutionären Bestrebungen, die aus ihr hervorgehen. Den Männern dieser Seite schwebt die Mahnung des Apostels vor, man solle das Böse durch das Gute überwinden. Und da soziale Übel nicht zu heilen sind, ohne daß der Arzt mit den Menschen, die daran leiden, in Verkehr tritt, so ergibt sich aus diesem Programm die Notwendigkeit von Unterhandlungen mit den Arbeitern, d. h. mit den Sozialdemokraten, denn die meisten Arbeiter sind eben leider schon Sozialdemokraten. Indem nun aber der Verfasser vor solchen Unterhandlungen ausdrücklich warnt, scheint er diese Methode zu verwerfen, und wenn wir ihn recht verstehen, hat sein Aufsatz den Zweck, die bürgerlichen und kirchlichen Parteien zu einem Kampfe nach dem entgegengesetzten Programm zu einigen, d. h. er scheint die gewalttätige Unterdrückung der Arbeiterbewegung empfehlen zu wollen. Denn daß er unter dem Kampfe die Abfassung solcher Kampfsartikel, wie der seinige einer ist, verstehen sollte, können wir kaum glauben; daß solche Artikel in den feindlichen

Reihen irgend welchen Schaden anzurichten imstande wären, wird er sich wohl nicht einreden.

Sollen nun die Arbeiterscharen als Feinde angesehen und behandelt, demnach unterdrückt werden — sie auszurotten, geht nicht gut, sintemalen wir die Maschinen noch nicht dazu gebracht haben, uns ohne Beihilfe von Menschenhand alle Arbeiten zu leisten — so wird die Wiederherstellung des Sozialistengesetzes noch nicht hinreichen. Denn erstens hat dieses, wie niemand leugnen kann, die beabsichtigte Wirkung nicht gehabt, und zweitens ist es unmöglich, den fünften bis vierten Teil der Bevölkerung dauernd unter ein Ausnahmegesetz zu stellen. Man wird gründlicher verfahren müssen. Man wird sich sagen müssen: der liberale Traum von der Gleichberechtigung aller Menschen und von der Möglichkeit, alle Einwohner eines Landes zu Staatsbürgern zu machen, war eben nur ein Traum. Freie Menschen wählen sich zu ihrem Lebensberuf keine niedern Berrichtungen. Sollen die knechtischen Arbeiten nicht ungethan bleiben, so müssen eben Knechte da sein, die dazu gezwungen werden können, und solche Knechte können weder Staatsbürger sein, noch eine Partei im Staate bilden. Räumen wir also auf mit dem liberalen Aberglauben und stellen wir die Knechtschaft wieder her! Knechte sind aber stets zur Rebellion geneigt. Sollen sie nicht gefährlich werden, so muß ihnen der Gedankenaustausch, der gegenseitige Verkehr unmöglich gemacht werden. Das mächtigste Verkehrsmittel unsrer Zeit ist das gedruckte Wort; Knechte dürfen daher weder lesen noch schreiben lernen. Auf also, schließen wir die Volksschule! Noch weniger darf man den Knechten im Schießen Unterricht geben oder sie gar zur Vaterlandsverteidigung verwenden. Weg also mit der allgemeinen Wehrpflicht, kehren wir zum Ritter- oder Söldnerheere zurück!

Wenn der Verfasser das gemeint hat, dann verstehe ich ihn, und dann läßt sich mit ihm reden; denn ich weiß die Vorteile der Sklavenarbeit vor der heutigen „freien“ Arbeit zu schätzen und halte die heutige Antisklavereibewegung für die dümmste aller Komödien, da doch alle Kenner von Land und Leuten darin einig sind, daß an die Bewirtschaftung unsrer neuen Besitzungen in Afrika gar nicht zu denken ist, wenn wir die Neger nicht zwangsweise zur Arbeit anhalten, d. h. also, wenn wir nicht irgend eine Art von Leibeigenschaft einführen. Wie gesagt, falls der Verfasser das meint, dann verstehe ich ihn, sonst aber nicht. Denn wenn die Arbeiter, die sozialdemokratisch wählen, persönlich frei und mit uns gleichberechtigte Staatsbürger bleiben sollen, dann wird uns doch nichts andres übrig bleiben, als uns bald über diesen, bald über jenen Streitpunkt mit ihnen auseinanderzusetzen. Wo es sich um Parteien in einem Staate, um Glieder einunddesselben Volkes handelt, da ist ein Kampf bis aufs Messer, ein Kampf auf Leben und Tod ohne den Versuch einer Verständigung ein Ding der Unmöglichkeit, jeder Versuch aber, einen solchen heraufzubeschwören, Wahnsinn und Verbrechen.

Und wenn sich die Sozialdemokraten durch die Erklärung, daß alle bürgerlichen Parteien als eine einzige reaktionäre Masse anzusehen und zu bekämpfen seien, dieses Wahnsinns und dieses Verbrechens bereits schuldig gemacht haben, so folgt daraus nicht, daß wir es ihnen nachmachen müssen, sondern das Beispiel des alten Menenius Agrippa bleibt für alle Zeiten und auch für diesen Fall gültig. Und wenn ein Führer, wie Bollmar, einen versöhnlichen Ton anschlägt, so haben wir das auf jeden Fall als ein erfreuliches Zeichen zu begrüßen. Spricht er nicht aufrichtig und ist seine Rede nur ein Zugeständnis an die unüberwindliche Macht der bürgerlichen Parteien (was in diesem Falle zu vermuten wir übrigens gar nicht berechtigt sind), so wäre schon das sehr erfreulich; spricht er aber aufrichtig, wie ers meint, dann wäre es um so erfreulicher, gleichviel, welchen Anklang seine Worte bei seinen Parteigenossen finden; Bebel und Liebknecht haben ihn ja allerdings schon „desavouirt.“ Ein großer Wandel der Ansichten von Millionen braucht länger Zeit als vier Wochen, um sich Bahn zu brechen.

Soll die Sklaverei nicht wieder eingeführt werden, und sollen die beiden einander feindlich gegenüberstehenden Klassen wieder zu einem gesunden Volksgesamtheit verwachsen, dessen Glieder, in heiliger Liebe zum Vaterlande verbunden, für dessen Wohl und Größe in freudiger Arbeit zusammenwirken, dann darf der Genesungsprozeß nicht allzuoft durch Kundgebungen wie die des Verfassers gestört werden, deren einziger Erfolg doch nur die Wiederanfächung des gegenseitigen Hasses sein kann. Ein Artikel wie der seinige verbaut die Verständigung um so mehr, als er eine Menge Mißverständnisse enthält. Diese ausführlich aufzuklären, fühlen wir uns schon darum nicht veranlaßt, weil es indirekt längst geschehen ist, in den mancherlei sozialpolitischen Artikeln der Grenzboten. Aber ein paar starke Ausdrücke, zu denen den Verfasser seine üble Laune hingeworfen hat, und die zugleich eine mißverständliche Auffassung bekunden, möchten wir doch kurz zurückweisen.

Ich bestreite ganz entschieden, daß unsre soziale Gesetzgebung „ohne die Mitwirkung der Sozialdemokraten“ zu stande gekommen sei, behaupte vielmehr, daß, wenn nicht die Sozialdemokraten der Unzufriedenheit der Arbeiter zu einem sehr kräftigen Ausdruck verholfen hätten, weder Kaiser Wilhelm I. noch Bismarck noch irgend ein anderer Staatsmann an eine sozialpolitische Gesetzgebung gedacht hätten. „Berserkerlogik“ nennt es der Verfasser, wenn an den richtigen Satz, daß die Arbeit die Quelle alles Reichthums sei, die Behauptung geknüpft wird, „daß allgemeine nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich sei, und daß darum auch das Arbeitsprodukt der Gesellschaft gehöre.“ Dann muß ich mich ebenfalls als Berserker bekennen. Ich habe keine Vorstellung davon, wie ein isolirter Wilder oder Einsiedler allgemein nutzbringende Arbeit zu leisten imstande sein könnte, und ich habe immer geglaubt, auch zu einer Zeit, wo ich noch gar nichts von Sozialdemokratie wußte,

gelehrt, daß jeder für alles, was er besitzt und leistet, der ganzen Gesellschaft verpflichtet sei. Wie freilich jedem einzelnen Gliede der Gesellschaft zu dem ihm gebührenden Anteil am Gesamtprodukt verholten werden solle, das ist ja von Alters her eine sehr schwierige Frage gewesen, allein aus der Schwierigkeit der Anwendung eines Grundsatzes folgt noch nichts gegen seine Richtigkeit. Und wenn die Ungerechtigkeit der Verteilung des Arbeitsproduktes geradezu empörend und die Unzweckmäßigkeit gemeingefährlich wird, wie heutzutage stellenweise, dann müßten die Menschen vernagelt sein, wenn sie nicht auf eine bessere Art der Verteilung sämen. Wir laden den Verfasser ein, folgenden Fall zu erwägen. Im Sunihest der Preußischen Jahrbücher, einer nicht allzurevolutionären Zeitschrift, behandelt Robert Hessen die Berliner Wohnungsfrage. Er macht da u. a. die Bemerkung, daß die Erfolge unsrer Truppen in den Jahren 1866 und 1870 den Bodenwert der Reichshauptstadt um 3 Milliarden gesteigert haben, daß aber die Männer, die jene Schlachten geschlagen haben, soweit sie Berliner sind, von dieser gewaltigen Steigerung des hauptstädtischen Reichtums weiter nichts haben, als daß sie ein Drittel ihres Einkommens aufwenden müssen, um wenigstens in einer erbärmlichen Höhle wohnen zu können, während 10000 Personen beständig obdachlos sind, die keineswegs sämtlich zur Klasse der arbeitscheuen Strolche gehören. Von den Männern, die die Rente jener 3 Milliarden beziehen, mag ja auch mancher mit im Kriege gewesen sein, aber die bilden doch nur eine sehr geringe Minderheit. Bringen wir nun weiter den Umstand in Anrechnung, daß jene Erhöhung des Bodenwerts, zu der die Siege unsrer Heere den Anstoß gegeben haben, doch eigentlich erst durch die Handarbeit derer, die, wie gesagt, nichts davon haben, geschaffen werden mußte, und den weiteren Umstand, daß die Wohnungsverhältnisse zusammen mit mangelhafter Ernährung eine körperliche und sittliche Verschlechterung der Bevölkerung zur Folge haben, die die Kriegstauglichkeit schon des nächsten Geschlechts in Frage stellt, so vermögen wir die Verteilung des Nationalprodukts weder besonders vernünftig noch dem Wohle des Vaterlandes förderlich zu finden und meinen, daß über kurz oder lang kein Geringerer als der Herr Kriegsminister die Frage nach einer anderweitigen Verteilung aufwerfen wird.

In solchen Verhältnissen wird dann der Verfasser auch für die unpatriotische Gesinnung der Arbeitermassen — ob sie sich Sozialdemokraten nennen oder nicht, das ist dabei doch wohl gleichgiltig — die zureichende Erklärung finden, namentlich wenn er erwägt, daß kein Patriot ohne weiteres auch schon verpflichtet ist, den Staat zu lieben. Die natürliche Vaterlandsliebe gilt nur dem eignen Volke und Lande, der Staat ist etwas Zufälliges für den einzelnen und hat sich dessen Liebe erst zu verdienen. Gehorsam hat er unter allen Umständen zu fordern, Liebe aber nur, soweit er sie sich verdient. Wie konnten die Patrioten von 1820 bis 1859 auch nur ein Fünkchen Liebe für den Staat

empfinden, der, mochte er nun Mecklenburg, Neapel oder Preußen heißen, alle, die Vaterlandsliebe verrieten, einferkerte oder verbannte? Waren die Westfalen der unglückseligen Rheinbundszeit verpflichtet, ihr von Napoleon geschaffenes Königreich zu lieben? Wir sind weit entfernt davon, unser ehrwürdiges deutsches Reich, den Staat Preußen und seine großen Männer mit jenen elenden Gebilden zu vergleichen, aber dem allgemeinen Gesetze des Staatslebens, daß der Staat sich die Liebe seiner Unterthanen erst zu verdienen habe, bleibt auch Preußen und Deutschland unterworfen. Gerade im letzten Jahre haben wir aus den höhern Schichten der bürgerlichen Parteien heraus so manche Stimme vernommen, die auf merkliche Abkühlung der Liebe zum Staate schließen ließ, weil die Betreffenden eine Abkühlung der Gegenliebe wahrgenommen zu haben glaubten. Und doch hat ihnen gegenüber der Staat auch in diesem Jahre niemals die unfreundlichen Züge des schnauzenden Polizisten getragen, während mancher Wanderbursch, Tagelöhner und Fabrikarbeiter gar keine andre Erscheinungsform des Staates kennt als das Gesicht und die Uniform des Polizisten.

Als den Grundfehler der „proletarisch-wissenschaftlichen Anschauung“ bezeichnet der Verfasser, „daß ihr die materiellen Güter allein gelten.“ Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob die wissenschaftlichen Begründer des Materialismus in Deutschland, ein Büchner, ein Vogt, ein Häckel, ein Feuerbach, ein David Strauß Proletarier sind oder waren, ob die bürgerlichen Parteien nur nach dem Himmelreich und seiner Gerechtigkeit trachten, wie Christus das Streben nach den höchsten idealen Gütern nennt; ob alle Fabrikbesitzer, Magnaten, Großhändler, Professoren, Landrichter u. s. w. den sinnlichen Genüssen so abgestorben sind wie Bernhard von Clairvaux, der nicht wußte, ob er Öl oder Wasser trank, ob seine Zelle ein oder zwei Fenster hätte, und der von schönen Gegenständen nur Notiz nahm, um sie als Fallstricke des Teufels ihren Besitzern zu verleiden. Wir wollen es für ausgemacht ansehen, daß jedem Anhänger der bürgerlichen Parteien die Höhe seines Einkommens völlig gleichgültig ist, und daß, wenn ihm wider Willen eine Erhöhung aufgenötigt wird, er gar nicht daran denkt, seiner täglichen Kartoffelmahlzeit einen sinnlichen Genuß hinzuzufügen, sondern daß er den Überschuß sofort auf dem Altare des Vaterlandes opfert und dem Steuerfiskus zur Verfügung stellt. Aber der Verfasser begeht den Fehler, daß er über der falschen Philosophie der Sozialdemokratie die volkswirtschaftlichen Ansichten des Sozialismus übersieht, in denen manches Richtige steckt. Daß die Proletarier von Rehbraten und Burgunder, von Palästen und seidnen Pfählen träumen, ist das Natürlichste von der Welt; auf den Bau von Luftschlössern verlegen sich immer nur Leute, die keine Aussicht haben, es zu einem wirklichen Schlosse zu bringen; solche Phantasien haben auch gar nichts zu bedeuten. Aber ausgegangen ist die sozialistische Lehre nicht von solchen Luftschlössern — diese bilden nur die

schmückende Krone des Systems — sondern von einer vollkommen berechtigten Kritik der gegenwärtigen Gesellschaftseinrichtungen und von der Frage, wie der Not der untern Klassen abzuhelpen sei. Darum mögen immerhin die „utopistischen Prophezeiungen“ eines Bellamy als „Marrenspoffen und Schwindel“ bezeichnet werden, aber um solche handelt es sich gar nicht bei unsrer Arbeiterbewegung, sondern neben vielen andern gleichwichtigen unter andern z. B. um die Frage, ob die Bergleute und die Leineweber bei einer gewissen Lohnhöhe und einer gewissen Arbeitszeit noch in stande sind, Seiner Majestät dem König gesunde Zungen zum Heere zu stellen. Der Verfasser wird selbst zugeben, daß die Frage, ob wir nach hundert Jahren in Deutschland eine mehr oder weniger republikanische Staatsform, mehr oder weniger sozialistische Gesellschaftseinrichtungen haben werden, eine wahre Lappalie ist im Vergleich zu der Frage, ob wir in fünfzig Jahren überhaupt noch ein deutsches Volk oder statt dessen nur noch ein proletarisches Gesindel haben. Wenn aber der Verfasser glaubt, daß diese Frage auch ohne die Sozialdemokratie aufgeworfen worden sein würde, dann täuscht er sich. Der Staat soll noch auf die Welt kommen, dessen Beamten nicht blind gegen beginnendes Volkselend wären; der preußische Kriegsminister dürfte so ziemlich der einzige sein, der eine Ausnahme macht von der allgemeinen Regel. Nachdem einst dank dem kräftigen Anstoß, den die Sozialdemokratie gegeben hat, dem gemeinen Manne seine Existenz wieder sicher gestellt sein wird, werden die Arbeiter wohl auch wegen der Verbesserung ihrer Philosophie und Religion mit sich reden lassen, und die Vertreter der bürgerlichen Parteien werden dann ein dankbares Feld finden, wenn sie den Arbeitern statt der materialistischen Philosophie eine andre bringen wollen, wofern sie nämlich selbst — eine andre haben. Die üble Laune ist in allen Dingen ein schlechter Ratgeber, auch im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.



Der Sandwucher



enn auch in dem neutestamentlichen Gleichnis vom Schalksknecht (Matthäus 25, Vers 14—30; Lukas 19, Vers 12—26) das Wuchern mit dem Pfunde, nicht aber dessen Vergrabung für das irdische Leben als das rechte hingestellt ist, so hat doch das im Mittelalter auch für staatliche Gesetze vorbildliche kanonische Recht jedes Zinsnehmen als Wucher durch geistliche Strafen bedroht, für Priester mit Ausstoßung aus ihrem Stande, für Laien mit Verjagung der